

Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918–1934

Abstract: The women's movement's participation in Austrian politics 1918–1934. When Austrian women were enfranchised in the context of the founding of the First Austrian Republic at the end of World War I, the women's movement was faced with the problem of how to enter politics in a responsible way. While the scarcity of primary sources proves an obstacle in outlining this history in detail, this article nevertheless illustrates the main challenges facing members of the women's movement in their attempts to find a place in political life. These included the political fragmentation and relative insignificance of the democratic liberal political camp and its concentration in Vienna, which induced women in the provinces to turn to the German nationalists instead. Faced with an aversion to "too much politics", the women's movement tried to provide a political alternative in the late 1920s by founding a Women's Party. However, because it was unable to succeed amidst the political strife of the early 1930s, the women's movement opted for Dollfuß' authoritarian regime in 1933/34. It thus supported Austria's de-democratization and ultimately deprived itself of any meaningful political influence.

Key Words: Austrian women's movement, women and liberal politics, women's political participation

Einleitung

Der Durchbruch des Frauenwahlrechts in der neuen Republik Deutschösterreich ging in den Turbulenzen des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs am Ende

Birgitta Bader-Zaar, Institut für Geschichte, Universität Wien, Universitätsring 1, 1010 Wien, Österreich; birgitta.bader-zaar@univie.ac.at

des Ersten Weltkrieges fast unter. Am 12. November 1918 war mit der Ausrufung der Republik das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts im Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs verankert worden. In der bereits in der zweiten Oktoberhälfte eingesetzten Provisorischen Nationalversammlung gab es allerdings noch keine weiblichen Mitglieder – im Gegensatz etwa zur ebenfalls neu gegründeten Tschechoslowakei, in der acht Frauen als Abgeordnete in die dortige Provisorische Nationalversammlung eingeladen worden waren.¹ Am 18. Dezember 1918 nahm das österreichische Parlament aber die Wahlordnung zur Konstituierenden Nationalversammlung an, die das allgemeine und gleiche Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts, allerdings – bis zur Einführung der Bundesverfassung 1920 – unter Ausschluss von Prostituierten, vorsah.²

Dass sich liberal-freisinnig eingestellte Akteurinnen der sogenannten bürgerlichen Frauenbewegung der Vorkriegszeit, im übrigen wie Frauenorganisationen aller Couleur, mit Enthusiasmus und ihr Verantwortungsbewusstsein betonend, beeilten, Frauen als Wählerinnen und Gewählte in der Politik zu etablieren,³ ist bekannt; ebenso, dass sie politisch scheiterten. Irene Bandhauer-Schöffmann, Gabriella Hauch, Johanna Gehmacher und die Verfasserin sind in verschiedenen Arbeiten dieser Entwicklung nachgegangen.⁴ Allerdings wissen wir gerade für die ersten Jahre der Republik noch immer wenig über die Details der Kandidaturen und parteipolitischen Aktivitäten dieser Akteurinnen aus dem bürgerlich-liberalen Lager, und so stellt dieser Beitrag einen Versuch dar, diese näher zu beleuchten.

Die Quellenlage ist nicht optimal. Für die erste Wahl im Februar 1919 stehen uns noch die Vereinspresse der Bewegung – *Der Bund* und die *Zeitschrift für Frauenstimmrecht* – sowie die sehr hilfreiche, allerdings unveröffentlichte Dissertation Johannes Hawliks über die politischen Parteien bei dieser Wahl zur Verfügung.⁵ Für die Zeit danach ist die Geschichte der liberalen Parteien nur rudimentär in Form von unveröffentlichten Hochschulschriften aufgearbeitet, in einer bis 1923 reichenden Hausarbeit von Johann Hubeny sowie in einer zum Teil schlecht belegten Diplomarbeit.⁶ Hinzu kommt, dass es zwischen 1919 und 1928 keine Zeitschrift des Dachverbandes der bürgerlichen Frauenbewegung, des *Bundes Österreichischer Frauenvereine* (BÖFV), mehr gab. Somit muss die Tagespresse die Hauptquelle für diesen Zeitraum bilden.⁷ Ein besonderes Manko ist, dass wir wenig Biografisches über die liberalen politischen Akteurinnen wissen und auch, dass das Archiv des BÖFV nicht öffentlich zugänglich ist.⁸ Wenig aufgearbeitet sind überdies die politischen Aktivitäten von Frauen auf Gemeinde- und Landtagsebene.

Während dieser Beitrag aufgrund der schlechten Quellenlage zu vielen Fragen nur eine Aufschlüsselung der Forschungsproblematik und keine endgültige Analyse bieten kann, lässt sich dennoch eine wesentliche Schlussfolgerung ziehen: Bereits

bei der ersten Wahl für die Konstituierende Nationalversammlung 1919 sind divergierende Entwicklungen zwischen Wien und den Ländern zu beobachten. In Wien entstanden demokratisch-freisinnig ausgerichtete Parteien, die ein Sammelbecken für Vertreterinnen des BÖFV bildeten. Diese werden aufgrund der Quellenlage auch den Hauptfokus dieses Beitrages bilden. In den Ländern kandidierten keine freisinnigen Parteien. Wie bisher an Linz und Salzburg gezeigt wurde, schlossen sich Frauen aus dem Umkreis der bürgerlichen Frauenbewegung hier eher den dem deutschnationalen Lager angehörenden Parteien an.⁹ Dass jedoch ein Bedarf der bürgerlichen Frauenbewegung an einer alternativen politischen Vertretung auch in den Ländern bestand, zeigt die unabhängige Kandidatur des Innsbrucker Zweiges der *Österreichischen Frauenpartei* 1931. Auf der Bundesebene hatte aber inzwischen das wiederholte Scheitern der freisinnigen Parteien bei Wahlen zur Annäherung der *Österreichischen Frauenpartei* an das deutschnationale Lager geführt.

Die Haltung der bürgerlichen Frauenbewegung zu politischen Parteien in der Habsburgermonarchie und ihre Erwartungen gegen Kriegsende

Zahlreiche, häufig als berufliche Interessengruppen entstandene Vereine bildeten die Basis der deutschsprachigen bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie. Die meisten wurden 1902 im BÖFV zusammengefasst. Allerdings stand der bereits 1893 gegründete *Allgemeine Österreichische Frauenverein* (AÖFV) ab 1906 aufgrund verschiedener Kontroversen bis Juni 1918 außerhalb des Bundes.¹⁰ Offiziell deklarierten sich diese Organisationen als politisch neutral.¹¹ Individuelle parteipolitische Naheverhältnisse gab es jedoch, so standen Mitglieder des AÖFV den Sozialdemokraten nahe und kritisierten offen die Christlichsozialen.

Das Verhältnis des AÖFV zu den Liberalen war hingegen generell schwierig. Der Großteil der Liberalen gehörte in der Habsburgermonarchie nicht zu den Verfechtern des Frauenwahlrechts und war unter anderem 1888 für die Abschaffung des Landtagswahlrechts für Frauen in den Städte- und Landgemeindegurien Niederösterreichs verantwortlich. Auguste Fickert (1855–1910), die Vorsitzende des AÖFV, kritisierte 1900 die fehlende liberale (und auch christlichsoziale) Unterstützung für die Ziele der Frauenbewegung. Von manchen Mitstreiterinnen wurde die scharfe Kritik allerdings als strategischer Fehler gewertet und die Allianz mit den Liberalen schon damals eingemahnt.¹²

Die Verflechtung von Feministinnen mit fortschrittlichen, sozialreformerischen Kreisen war jedoch eng, so in der von 1896 bis 1907 bestehenden und von der britischen *Fabian Society* sowie den deutschen „Kathedersozialisten“ beeinflussten Sozi-

alpolitischen Partei.¹³ Der Rechtsanwalt Emil von Fürth, Ehemann Ernestine von Fürths (1877–1946), der Vorsitzenden des 1905 gegründeten *Wiener Frauenstimmrechtskomitees* sowie der Rechtskommission des BÖFV, gehörte dieser Partei ebenso an wie Julius Ofner. Ofner war als Mitglied des Abgeordnetenhauses des Reichsrats (1901–1918) ein wesentlicher Unterstützer der Frauenanliegen, auch innerhalb der 1913 gegründeten *Deutschen Freiheitspartei*, die Forderungen der Frauenbewegung in ihr Parteiprogramm aufnahm.¹⁴

Die offizielle politische Neutralität der Frauenbewegung war auch der Notwendigkeit geschuldet, dem Vereinsgesetz von 1867 zu entsprechen, das Frauen von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschloss. Sie hatte aber den Nachteil, dass konkrete Umsetzungsmöglichkeiten feministischer Forderungen, insbesondere auch der Visionen einer sozial orientierten Gesellschaft, nicht öffentlich diskutiert wurden. Zwar argumentierte die Bewegung im Rahmen des Frauenwahlrechtsdiskurses, dass politische Gleichberechtigung Macht bedeute,¹⁵ in welcher Form diese aber nach Einführung des Frauenwahlrechts genutzt und umgesetzt werden sollte, kam nicht zur Sprache. Eher abstrakt wurde Politik, gerade angesichts der sozialen und nationalen Auseinandersetzungen in der Habsburgermonarchie, von manchen als „Herrschaft des Egoismus, des Vorurteils und des Hasses“ empfunden, die der ethischen Werte der Frau bedürfe.¹⁶

Ende 1917, als nach der Russischen Revolution wieder Bewegung in die Frage der Verwirklichung des Frauenwahlrechts zu kommen schien, wurde aber das Problem, was genau Frauen in die Politik einbringen könnten, im Vereinsblatt des BÖFV *Der Bund* diskutiert. Margarete (Daisy) Minor (1860–1927), die Vizepräsidentin des BÖFV, bekräftigte in ihrem Aufruf, Frauen in Kommissionen und Körperschaften der Kinder- und Jugendfürsorge, der Schulangelegenheiten, des Armenwesens und der Wohnungspflege aufzunehmen, nochmals die notwendige „sittliche Erneuerung des öffentlichen Lebens“ durch die Frauen, „mit dem warmen Herzen und der alles verstehenden Liebe“.¹⁷ Sie sprach sich im Sinne der sozialreformerischen Bewegungen der Vorkriegszeit für die Abkehr vom Kapitalismus und die „Rückkehr zur Einfachheit, Abrücken vom rücksichtslosen Gelderwerb und sinnlichen Genüssen“ aus. Eine Frauenkoalition über Parteigrenzen hinweg sollte gegen Krieg sowie „Hab- und Machtgier“ kämpfen.¹⁸ Etwas nüchterner schnitt die Journalistin und Vorsitzende der *Vereinigung der arbeitenden Frauen* Maria Leopoldine Klausberger (1888–1944) die „politischen Frauenpflichten“ an und verlangte, dass sich die Frauenbewegung nun „politisieren“ solle. Den bürgerlich-liberalen Politikern warf sie vor, es im Gegensatz zu den Christlichsozialen, der Sozialdemokratie und den slawischen nationalistischen Parteien verabsäumt zu haben, Frauen zu organisieren.¹⁹ Unter „politisieren“ verstand Klausberger die Aneignung politischer Bildung und sie forderte schöpferische Politiker, die imstande wären, Ideale vorzugeben und

„mit restloser Einsetzung ihrer eigenen Existenz für ihre Überzeugung [zu] kämpfen“.²⁰ Noch ohne politische Rechte ausgestattet, sollten sich Frauen zunächst intellektuell und sittlich rüsten, um „in bewußter Hingabe an die Zwecke der staatlichen Gemeinschaft unser Sein und unsere Lebenskreise inniger mit dem Gesamtdasein zu verknüpfen“.²¹ Die Frage, wie politische Rechte, insbesondere das passive Wahlrecht, genutzt werden konnten, blieb also weiterhin reichlich abstrakt.

Die Einführung des Frauenwahlrechts Ende 1918

Ende 1918 fühlte sich die Frauenbewegung von der Verwirklichung des Frauenwahlrechts überrumpelt. Die politischen und wirtschaftlichen Umstände ließen laut Marianne Hainisch (1839–1936), der Präsidentin des BÖFV, Jubel und Freude nicht zu.²² Der BÖFV sah es nun als seine Aufgabe an, Frauen über ihre politischen Rechte aufzuklären. In einer Am Hof im ersten Wiener Gemeindebezirk gelegenen *Zentralstelle für die Wahlarbeit der bürgerlichen Frauen* sollte er dies für die Wahl der konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 realisieren.²³ Auch der AÖFV hielt politische Frauenversammlungen ab. Mit der Reform des Vereinsrechtes vom 30. Oktober 1918, in der die Frauen diskriminierende Bestimmung des Vereinsgesetzes von 1867 aufgehoben wurde, deklarierten sich BÖFV und das Frauenstimmrechtskomitee, das sich im November 1918 als *Deutschösterreichischer Verein für Frauenstimmrecht* neu konstituierte, nun als politische Vereine.

An eine bestimmte politische Partei wollte sich der Vorstand des BÖFV als Dachverband verschiedener Vereine aber nicht binden. Seine Mitglieder hätten unterschiedliche politische Meinungen und der Verband solle nicht durch Parteifragen in Gefahr gebracht werden. Der Vorstand erließ jedoch Richtlinien, die „als Maßstab“ „an die von freisinnigen Frauen zu unterstützenden Parteien gelegt werden“ sollten.²⁴ Auch sprach Marianne Hainisch die Hoffnung aus, dass sich

„der Stimmrechtsverein an die Spitze [stellt] und [...] auf Grund der besagten Richtlinien Einzelne und Vereine [sammelt], so daß eine große deutsch-freisinnige Frauengruppe zustande kommt, die durch ihr Gewicht unsere deutsch-freisinnigen Männer bestimmt um sie zu werben“.²⁵

Ernestine von Fürth bekräftigte dieses Ziel, gehörte aber zu jenen, die sich offensiver die Anknüpfung an eine politische Partei wünschten und von einer „Pflicht jedes einzelnen Bundesvereines“ sprach, „seine Mitglieder in Versammlungen und Vorträgen darüber aufzuklären, daß nur in der gemeinsamen Arbeit mit einer demokratischen bürgerlichen Partei das Programm des jeweiligen Vereines seine Verwirklichung finden kann“.²⁶

Der BÖFV selbst trat in seinen Richtlinien offen für den Grundsatz der Wahrung deutscher Kultur und den engsten Zusammenschluss mit dem Deutschen Reich ein, offenbarte somit also seine deutsche Orientierung, die jedoch nicht national, sondern demokratisch-liberal und sozial ausgerichtet war.²⁷ Die Zersplitterung der deutsch-freisinnigen Liberalen bereitete ihm aber Sorgen und Fürth rief die Politiker auf, den „Luxus [...] der altgewohnten Eigenbrödelei und Parteizer-splitterung“ aufzugeben und sich „einig und geschlossen [...] zum Wohle unseres gesamten deutschen Volkes“ einzusetzen.²⁸ Betonte das Vereinsorgan *Der Bund* die überparteiliche Grundhaltung des BÖFV, wurden doch implizit erwünschte Wahlstimmen für eine das bürgerlich-freisinnige Lager repräsentierende Partei deutlich.

Nachdem sich die Aufstellung einer geeinten freisinnigen Partei Anfang 1919 als undurchführbar erwiesen hatte, sollte die neue Präsidentin des BÖFV, Hertha von Sprung (1862–1961), nach der Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung allerdings die umfassende Unterstützung für eine bürgerlich-liberale Partei relativieren und die „politische Bewegungsfreiheit“ jedes Bundesvereins und Mitgliedes betonen.²⁹ Politisierung bedeute für den BÖFV ausschließlich die politische Aufklärung der Frauen, das Arbeiten für die Ziele des Bundes im Rahmen von Lobbying unter Abgeordneten und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919

Für die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 kandidierten insgesamt für alle Parteien in allen Ländern, außer Vorarlberg, 115 Frauen.³⁰ Wie erwähnt, ließ sich der Wunsch nach einer einheitlichen freisinnigen Partei nicht umsetzen. Es kam zudem zu divergierenden Entwicklungen in der Hauptstadt Wien und den Ländern. Wie eingangs vermerkt, konnten nur in Wien und im Wahlkreis Viertel unterm Wienerwald (die Region um Wiener Neustadt) Listenkoalitionen demokratisch-freisinnig ausgerichteter Parteien und gegenseitige Wahlempfehlungen durchgesetzt werden. Ansonsten kandidierten keine freisinnigen Parteien in den Ländern. Funktionärinnen des BÖFV unterstützten in Wien die verschiedenen freisinnigen Parteien und kandidierten auch für diese. Zu den Parteien, in die Aktivistinnen der Frauenbewegung in Wien besonders strömten, gehörten 1919 die *Bürgerlich-demokratische Partei*, die *Demokratische Partei* und die *Demokratische Mittelstandspartei*.³¹

Die *Bürgerlich-demokratische Partei* wurde Anfang Dezember 1918 von Persönlichkeiten des Wiener Bürgertums, insbesondere von Gustav Stolper, gegründet, die zum Teil während des Krieges in der *Österreichischen Politischen Gesellschaft* aktiv gewesen waren.³² Dem am 10. Dezember 1918 gewählten provisorischen Aus-

schuss der Partei gehörten neben 19 Männern die Präsidentin der 1910 gegründeten *Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs* (ROHÖ), Helene Granitsch (1876–1956), Marianne Hainisch, Hertha von Sprung und die ehemalige Präsidentin der ROHÖ, Fanny Freund-Marcus (1872–1942), an. Im am 18. Dezember 1918 gewählten provisorischen Vorstand waren neben sechs Männern Granitsch und Sprung vertreten. Letztere wurden dem kapitalistisch-konservativen Lager der Partei zugerechnet.³³ Die Partei sah sich als Interessenvertreterin des Bürgertums, aber auch der Arbeiterschaft – „bürgerlich“ wurde nach Stolper nicht als Klassenbegriff verstanden, sondern als „Inbegriff der Volksgesamtheit“,³⁴ also im Sinne des *citoyen*. Die *Bürgerlich-demokratische Partei* wollte eine liberale Massenpartei werden, die mit einem Bekenntnis zur demokratischen Republik und dem deutschen Volk eine am Gemeinwohl, insbesondere an sozialpolitischen Maßnahmen interessierte Politik verfolgte, jedoch hinsichtlich des Klassenkampfes und der Aufhebung des Privateigentums in einem prononcierten Gegensatz zur Sozialdemokratie stand. 1919 wurde sie zur stärksten Partei des bürgerlichen fortschrittlich-demokratischen Lagers, wiewohl sie ihre Wahlstätigkeit auf Wien beschränkte und hier vor allem in „sicheren“, nicht von einer potentiell sozialdemokratischen Wählerschaft geprägten Wahlbezirken kandidierte.³⁵ Die Ausgestaltung zur Massenpartei gelang laut Johannes Hawlik auch deswegen nicht, weil Honoratioren aufgrund ihrer sozialen Stellung und als Mitbegründer der Partei ein gewichtigeres Mitspracherecht forderten.³⁶

Insbesondere war „die volle staatsbürgerliche und rechtliche Gleichstellung der Frauen“ ein Anliegen der Partei.³⁷ Ausdrücklich wurden gleicher Lohn für gleiche Leistung und eine Eherechtsreform gefordert. Der BÖFV, insbesondere dessen Mitgliedsorganisation ROHÖ, stellte sich ganz in den Dienst der Partei.³⁸ Das Blatt *Die Frau* veröffentlichte Wahlaufrufe und riet unter anderem den Hausfrauen, ihre Hausgehilfinnen bei der Ausübung des Wahlrechts zu beraten.³⁹ Es warnte aber auch vor dem „Überlaufen“ zur Sozialdemokratie. Bereits Mitte Dezember 1918 hatte nämlich der Präsident des 1906 gegründeten Eherechtsreformvereins und deutschnationales Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung, Ernst Viktor Zenker, prophezeit, dass unter den bürgerlichen Frauen (wobei er insbesondere jüdische Wählerinnen herausgriff) viele aus Abneigung und Unkenntnis nicht wählen würden, viele aber auch aus Desinteresse sozialdemokratisch, so dass die Bürgerlichen ohne Mandate bleiben würden.⁴⁰ Ein mit H. G. (eventuell Helene Granitsch) gezeichneter Artikel in *Die Frau* operierte gar mit dem ursprünglich von den Gegnern des Frauenwahlrechts polemisch vorgebrachten essentialistischen „Geschlechtscharakter“:

„Die Frauen, deren Entschlußfähigkeit nicht so sehr durch den Verstand, nicht durch logisches Denken, sondern vielmehr durch das Gefühl bestimmt wird, neigen mehr wie die Männer zu sentimentaler Auffassung der Politik.

Sie sind auch in ihrer Impulsivität leichter zu gewinnen für den Radikalismus als die, alle Folgen bedächtig erwägenden, mit reinen Verstandesgründen arbeitenden Männer.“⁴¹

Bei der Wahl im Februar 1919 sah die *Bürgerlich-demokratische Partei* darauf, dass in jedem Wahlkreis eine Frau vertreten war, allerdings in unterschiedlicher Reihung.⁴² Helene Granitsch nahm mit dem zweiten Listenplatz im Wahlbezirk Wien Innen-West eine aussichtsreichere Platzierung ein, ebenso wie die Vorsitzende des *Zentralvereins der staatlichen Vertragsbeamtinnen*, Marie Turnovsky (auch Turnowski), die im Wahlbezirk Wien West gleichzeitig die *Deutschoesterreichische Wirtschaftspartei* vertrat. Marianne Hainisch war demgegenüber in Innen-Ost nur auf dem dritten Platz gereiht, was vom sozialdemokratischen *Morgen* kritisch bewertet wurde, da Hainisch doch als „die verdienstvollste und populärste Frau des freiheitlichen Bürgertums“ auf den ersten Listenplatz gehörte. Die Entscheidung der Parteileitung beweise ein „sehr geringes Verständnis für die Psychologie der weiblichen Wähler oder sehr geringes Entgegenkommen für ihre berechtigten Wünsche“.⁴³ Auch Maria L. Klausberger kandidierte auf einem dritten Platz, in Wien Nord-West. Emilie Meisel, Mitglied des *Reichsvereins der Postoffiziantinnen* (Platz vier, Wien Innen-West), und Olga Mayr, Vizepräsidentin der ROHÖ, die in Mödling, Niederösterreich, auf dem dritten Listenplatz kandidierte, waren weitere hier vertretene Funktionärinnen der Frauenbewegung. Hertha von Sprung lehnte allerdings die Kandidatur „aus privaten Gründen“ ab.⁴⁴ Weitere Kandidatinnen der *Bürgerlich-demokratischen Partei*, von denen nicht bekannt ist, ob sie der Frauenbewegung angehörten oder nicht, waren die Baumeistergattin Irene Röminger (Platz drei, Wien Süd-West), Adele Jünger (Platz fünf, Wien Süd-Ost), Kamilla Libansky (Platz sieben, Wien Süd-Ost), die Zeitungsausträgerin Julie Lachmang, die hier gleichzeitig die *Deutschoesterreichische Wirtschaftspartei* vertrat (Platz acht, Wien-West), sowie Adrienne Schnitzer, die in Wiener Neustadt auf Platz zehn kandidierte. Insgesamt nahmen die elf Frauen damit knapp über 20 Prozent aller Listenplätze der Partei ein.

In ihrer Wahlwerbung, für die die *Bürgerlich-demokratische Partei* einigen Aufwand betrieb, inkludierte sie als einzige der liberalen Parteien immer wieder Frauen in ihre Sujets, am augenfälligsten als Wählerinnen-„Typen“ – die moderne Frau, die Mutter – im folgenden Plakat (Abb. 1).⁴⁵

Viele Plakate der Partei machten auf Frauenversammlungen aufmerksam, wobei immer wieder Helene Granitsch prominent avisiert wurde (Abb. 2).⁴⁶

Die 1907 gegründete *Demokratische Partei*, die ihr ursprüngliches Ziel in der Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen hatte und die auch in der neuen Republik Konfessionsfreiheit besonders betonte, ging bei der Wahl 1919 mit der *Bürgerlich-demokratischen Partei* eine Listenkoppelung ein.⁴⁷ Im Gegensatz zur *Bürgerlich-demokratischen Partei* wandte sich die *Demokratische Partei* eher an



Abb. 1: Plakat der Bürgerlich-demokratischen Partei: Wir alle wählen bürgerlich-demokratisch, Atelier Hans Neumann, 1919. (Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv Austria, Inventarnr. PLA16304168)



Abb. 2: Flugblatt der Bürgerlich-demokratischen Partei zu den Wahlzielen von Helene Granitsch, 1919. (Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv Austria, Inventarnr. PLA16304195)

den verarmten Mittelstand und stand der Sozialdemokratischen Partei näher, wobei sie allerdings wie die *Bürgerlich-demokratische Partei* den Klassenkampf ablehnte.⁴⁸ Eine Bodenreform wurde angestrebt, sonst sollte aber eine möglichst freie Privatwirtschaft vorherrschen. Die *Demokratische Partei* protestierte gegen Monarchismus, Antisemitismus und Kriegstreiberei. In der Schule sollten der verpflichtende Religionsunterricht sowie jegliche „konfessionelle Ausnahmsgesetze“ abgeschafft werden. Das galt auch für die Ehe, was einer Forderung nach der Zivilehe und damit nach dem Scheidungsrecht gleichkam.⁴⁹ Julius Ofner, der Obmann der *Demokratischen Partei*, war in der Habsburgermonarchie ein wichtiger Unterstützer der Anliegen der Frauenbewegung. Mitglieder des *Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins*, darunter Adele Gerber (1863–1937), gehörten zu den Unterstützerinnen der Partei, wie auf der folgenden Einladung zu einer Wahlversammlung für Frauen ersichtlich ist:⁵⁰



Abb. 3: Flugblatt der Demokratischen Partei: Einladung zu einer Frauen-Versammlung am 14. Februar 1919. (Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv Austria, Inventarnr. FLU_1919_16.)

Es waren aber Funktionärinnen des BÖFV – Ernestine von Fürth, Henriette Herzfelder (1865–1927), Vorstandsmitglied des BÖFV, und Gisela Urban –, die dem Leitungsausschuss der *Demokratischen Partei* angehörten. Die schlechte finanzielle

Lage machte die eigenständige Kandidatur nur in den ersten vier Wahlbezirken in Wien möglich und verhinderte einen Erfolg. Erst bei den Wiener Gemeinderatswahlen Anfang 1919 sollte die Partei ein Mandat erreichen.

Frauen waren bei der Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 immerhin an aussichtsreicherer Stelle positioniert und nahmen wie bei der *Bürgerlich-demokratischen Partei* knapp über 20 Prozent aller Listenplätze der Partei ein. Auf Listenplatz zwei kandidierten in Wien Innen-Ost Marie Schwarz (1852–1920), Präsidentin des *Vereins der Lehrerinnen und Erzieherinnen Österreichs* und langjährige Aktivistin der Frauenwahlrechtsbewegung, in Wien Innen-West Olly (Olga) Schwarz (1877–1960), Vorstandsmitglied des *Neuen (Wiener) Frauenklubs* und der *Vereinigung arbeitender Frauen* sowie Initiatorin der *Zentralstelle für weibliche Berufsberatung*, die sich allerdings der Sozialdemokratie näher fühlte und nach der Wahlniederlage 1919 diese auch unterstützte,⁵¹ sowie in Wien Nord-West Henriette Herzfelder. Auf dem dritten Listenplatz in Wien Nord-Ost war Elsa Beer-Angerer, bis 1912 Präsidentin der ROHÖ und Mitbegründerin der im Rahmen des AÖFV 1917 ins Leben gerufenen *Friedenspartei*, zu finden, auf dem sechsten in Wien Innen-Ost Helene Rauchberg (1875–1941/42), späteres Vorstandsmitglied des österreichischen Zweiges der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit*, und schließlich auf dem achten in Wien Nord-Ost die Briefzustellerin Betti Rosner. Ernestine von Fürth lehnte hingegen die Kandidatur aufgrund der Spaltung der Bürgerlich-Liberalen in kleine Parteigruppen ab und wollte als Vorsitzende des *Deutschösterreichischen Vereins für Frauenstimmrecht* die parteipolitisch neutrale Stellung des Vereins wahren.⁵² Dennoch setzte sie sich neben Urban und anderen aktiv in der Wahlwerbung ein.

Die *Demokratische Mittelstandspartei* schließlich entstand Mitte Dezember 1918 und vertrat, wie ihr Name ausdrückte, die wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes. Die Listenkoppelung mit der *Bürgerlich-demokratischen Partei* und der *Demokratischen Partei* führte allerdings gerade in Bezug auf letztere zu Spannungen. Frauen, die in dieser Partei prominenter in den Vordergrund traten, waren Olga Misař (1876–1950), Vorstandsmitglied des AÖFV und später des österreichischen Zweiges der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit*, und Else Ehrlich-Fränkell. Während Ehrlich-Fränkell als Kandidatin auf dem dritten Platz in Wien Nord-West geführt wurde, war Misař in Wien Innen-Ost auf dem dritten und in Wiener Neustadt auf dem vierten Listenplatz zu finden. Beide traten auf Wähler- und eigenen Wählerinnenversammlungen auf, wo Misař ihre pazifistischen Überzeugungen darlegte und als Repräsentantin der erwerbstätigen Frauen des Mittelstandes sprach.⁵³ Unter den Kandidatinnen findet sich sonst nur noch die Markthändlerin Mina Lieskonnig (elfter Platz, Wien Nord-Ost). Als Unterstützerin der *Demokratischen Mittelstandspartei* trat aber auch die Vizepräsidentin des AÖFV und Mitbegründerin der *Friedenspartei*, Leopoldine Kulka (1872–1920), auf.⁵⁴

Die drei genannten Parteien gingen Listenkoppelungen sowohl untereinander als auch mit der *Wirtschaftspolitischen Volkspartei* und der *Jüdischnationalen Partei* ein, bei denen ebenfalls Kandidatinnen zu finden waren.⁵⁵ Die *Wirtschaftspolitische Volkspartei* stellte die Feinkosthändlerin Carla Rausch, die Kaufmannsgattin Olga Ranftl und die Sodafabrikantin Fanuyta Zach als Kandidatinnen auf, die *Jüdischnationale Partei* Erna Patak, spätere Präsidentin der *Organisation zionistischer Frauen Österreichs*. Somit kandidierten in Wien und Niederösterreich insgesamt 22 Frauen für Parteien mit einer im zeitgenössischen Verständnis liberalen, aber nicht deutschnationalen Ausrichtung. Diesen Parteien standen deutschnationale Splitterparteien, die ebenfalls Frauen als Kandidatinnen aufstellten, etwa die *Nationaldemokratische Partei* oder die *Demokratische Wirtschaftspartei*, gegenüber.

Keine der Kandidaturen der Frauen war jedoch erfolgreich, wie sich überhaupt die liberal-freisinnigen Parteien in der Zwischenkriegszeit nicht durchsetzen konnten. In Wien wurde im Februar 1919 nur ein bürgerlicher Demokrat, der Fabrikant Max Friedmann, gewählt. Die Frauenbewegung war enttäuscht und kritisierte die häufig schlechte Platzierung der kandidierenden Frauen auf den Wahllisten.⁵⁶ Maria Klausberger hob hervor, dass das schlechte Abschneiden der bürgerlich-liberalen Parteien nicht die Schuld der Frauen und der Frauenbewegung sei. Das Bürgertum habe insgesamt in „unverantwortliche[r] Kurzsichtigkeit“ oft sozialdemokratisch gewählt und zeige „einen so wenig entwickelten Sinn für das Bedeutende und Unbedeutende unserer Zeit“, dass es „die Schicksalsbedeutung des Wahltages nicht erkannt“ habe.⁵⁷ Kritisch begutachtete sie aber auch die Parteienzersplitterung und Polemiken der Presse, die etwa nicht ausreichend über die Koppelung von Listen aufgeklärt habe.

Gemeinde- und Landtagswahlen 1919

In den Ländern hatten sich, wie eingangs erwähnt, Mitglieder der Frauenbewegung eher deutschnationalen Gruppierungen zugewandt. Bei der Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 kandidierte etwa Therese Hinsenkamp (1866–1927), Vorsitzende des *Vereins für Fraueninteressen* in Linz-Urfahr, für die deutschnationale *Deutsche Volkspartei* und die Lehrerin Marie Simmerle (1882–1945) vom Salzburger *Frauenerwerbverein* für die *Demokratische Ständevereinigung*, eine deutschfreiheitliche, antisemitisch ausgerichtete Partei. Diese Frauen blieben auf Landesebene politisch tätig, so Hinsenkamp für die 1920 gegründete *Großdeutsche Volkspartei*.⁵⁸ Simmerle erhielt bei den Landtagswahlen im April 1919 einen Sitz im Salzburger Landtag, den sie bis 1922 bekleidete.⁵⁹

Für die Anfang Mai 1919 bevorstehenden Gemeinde- und Landtagswahlen in Wien und Niederösterreich betonte Maria Klausberger nochmals die Notwendigkeit, eine dauerhafte Gesamtorganisation des Bürgertums zuwege zu bringen, statt von Wahl zu Wahl „Augenblickskartelle“ zu improvisieren.⁶⁰ Der als Protest gegen die geringe Zahl von Frauen in der Nationalversammlung aufkeimenden Idee einer Frauenpartei konnte Klausberger wenig abgewinnen. Auch die von einigen „in politischer Arbeit fast ausnahmslos unerfahrenen Frauen“ geplante politische Frauenvereinigung für deutsche, freiheitliche Frauen sei nicht zielführend,⁶¹ zumal es bereits den *Deutschösterreichischen Verein für Frauenstimmrecht* gebe. Es sei nun vorerst politische Aufklärung, und zwar für Frauen und Männer, notwendig.

Bereits im Dezember 1918 waren Frauen in Gemeinderäte kooptiert worden, so zwölf in Wien, zwei in Salzburg⁶² sowie in Linz und eine in Urfahr.⁶³ In Wien waren dies von freisinniger Seite Marie Schwarz sowie das Vorstandsmitglied des AÖFV, Anitta Müller (1890–1962), für die *Freiheitlich-Bürgerliche Partei*. Müller hatte sich während des Krieges in Rahmen jüdischer Frauenhilfsorganisationen in der Sozialarbeit engagiert und war ab 1919 in dem von ihr mitbegründeten *Jüdischen Frauenbund* aktiv.⁶⁴

Bei den Gemeinderatswahlen vom 4. Mai 1919 in Wien erhielten die bürgerlich-demokratischen Parteien 2,6 Prozent der Stimmen, keine der bürgerlich-demokratischen Kandidatinnen wurde Gemeinderätin.⁶⁵ *Der Bund* kritisierte unter anderem wieder „die Teilnahmslosigkeit des Bürgertums“, das „völlig von den wirtschaftlichen Problemen und der Not seines Daseins beherrscht“ sei und sich zu wenig für politische Fragen interessiere.⁶⁶ In der letzten publizierten Ausgabe von *Der Bund* vom Juni 1919 beanstandete Hertha Sprung zudem die gegen die Bürgerlichen gerichtete Wahlkreiseinteilung und die Einschüchterungen durch die sozialdemokratisch dominierte Volkwehr, mit dem Ergebnis, „daß eine bedeutende Intelligenzschicht keine Vertretung im neuen demokratischen Staat gefunden“ habe.⁶⁷ Wieder hob sie hervor, dass eine parteipolitische Organisation der Frauen nicht sinnvoll, sondern im Rahmen des BÖFV als einigende Organisation Einfluss zu nehmen sei, und schloss düster: „In diesem Geiste wollen wir in die neue, dunkle Zeit eintreten, wie in einen Schacht, dessen Ende wir nicht sehen, der finster vor uns liegt“.⁶⁸

In der Folge engagierten sich einige Frauen, darunter Sprung, im Rahmen des Wiener Bürger- und Ständerates, der als Sammelbewegung verschiedener Parteien im April 1919 als Reaktion auf die Arbeiter- und Soldatenräte gegründet worden war. Hier brachten sie ihre Stimme vor allem bei wirtschaftlichen und sozialen Fragen ein.⁶⁹

Die Wahlen für den Nationalrat 1920–1927

Das Ergebnis der Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 war mit dem Erringen von nur einem Mandat für die *Bürgerlich-demokratische Partei* enttäuschend gewesen. Die progressiv-liberale Gruppe um Gustav Stolper schied aus der Partei aus, und die Partei kündigte ein Zusammengehen mit dem *Deutschnationalen Verein für Österreich* an. Für die Nationalratswahl am 17. Oktober 1920 kandidierte die Restpartei allerdings als *Bürgerliche Arbeitspartei*.

Seitens der Frauenbewegung schien nun eine große Ernüchterung eingekehrt zu sein. In der Wahlwerbung liberaler Zeitungen wurden Frauen im Kontrast zu 1919 kaum mehr als Wählerinnen angesprochen.⁷⁰ Ernestine Fürth veröffentlichte am Vortag der Wahl einen Artikel auf der Titelseite der *Neuen Freien Presse*, in dem sie beklagte, dass im Gegensatz zu 1919 die Frauen „so gut wie vollständig von der politischen Bildfläche verschwunden“ seien.⁷¹ Frauen fühlten sich von den „politischen Machenschaften“ der Parteien abgestoßen, es sei jedoch die wichtigste Aufgabe der Frauen, hier eine Veränderung herbeizuführen. Die Parteien des freiheitlichen Bürgertums betrieben noch die „ehrlichste und reinste Politik“.⁷² Auch Hoffnungslosigkeit wegen der drückenden Versorgungssituation habe sich breitgemacht. Hier könne die *Bürgerliche Arbeitspartei* mit ihrer besonnenen Wirtschaftspolitik Abhilfe schaffen. Am Wahltag selbst meldete sich auch die Romanistin Elise Richter (1865–1943) zu Wort, die als erste habilitierte Frau Österreichs 1922 den *Verband der akademischen Frauen Österreichs* gründen sollte und nun in Wien Nord-West auf dem dritten Listenplatz für die *Bürgerliche Arbeitspartei* kandidierte, mit einem Artikel über die Frage, was unter „Frauenpolitik“ zu verstehen sei.⁷³ Auf der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten der *Bürgerlichen Arbeitspartei* und der *Demokratischen Partei* finden sich sonst keine Namen von bekannten Funktionärinnen der bürgerlichen Frauenbewegung.⁷⁴

Neben Erna Patak kandidierte aber nun Anitta Müller bei der Nationalratswahl für die *Jüdischnationale Partei*. Ihre Wahl wurde offensiv mit Annoncen in der *Wiener Mittagszeitung* beworben,⁷⁵ vermutlich auch im Rahmen eines Streits der Partei mit ihrem Konkurrenten in der Wiener Leopoldstadt, Rudolf Schwarz-Hiller, Kandidat der *Demokratischen Partei*. Aus der Sicht der *Jüdischnationalen Partei* hatte dieser keine Chance auf ein Mandat, beschnitt aber durch seine Kandidatur wesentlich Anitta Müllers Chancen, gewählt zu werden.⁷⁶

Bei der Nationalratswahl vom Oktober 1920 wurde erstmals eine nach Geschlecht getrennte Stimmenzählung mittels verschiedenfarbiger Kuverts durchgeführt.⁷⁷ Bereits im Zuge der Einführung des Frauenwahlrechts Ende 1918 hatten die Parteien großes Interesse am angeblich spezifischen Wahlverhalten von Frauen gezeigt. Bezüglich der *Bürgerlichen Arbeitspartei* und der *Demokratischen Partei* zeigte sich,

dass das Verhältnis der Frauen- und Männerstimmen bei der Wahl dieser Parteien ziemlich ausgewogen war. Von den 32.504 auf die *Bürgerliche Arbeitspartei* entfallenden Stimmen kamen knapp über 50 Prozent von Frauen, bei der *Demokratischen Partei* waren es 46,4 Prozent von 9.380 Stimmen.⁷⁸

Mehr Engagement für Frauenstimmen entwickelten die bürgerlich-demokratischen Parteien bei der Nationalratswahl am 21. Oktober 1923, wo die *Bürgerliche Arbeitspartei* nun als *Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei* mit einem antisozialistischen Programm kandidierte und sich gegen Antisemitismus aussprach. Offensichtlich hoffte die Partei mit der nunmehr 84jährigen Marianne Hainisch, der Mutter des amtierenden Bundespräsidenten Michael Hainisch, reüssieren zu können. Sie kandidierte, allerdings auf einem vierten Listenplatz, in Wien Innen-Ost⁷⁹ und setzte sich aktiv bei Versammlungen für die Partei ein.⁸⁰ Schon 1922 hatte Hainisch nochmals an die Frauen appelliert, die Visionen der Frauenbewegung in ihrer politischen Arbeit umzusetzen. Sie erinnerte sie an ihren auf der ‚sozialen Mütterlichkeit‘ basierenden gesellschaftlichen Auftrag, um Österreich mittels einer „sittlichen Hebung“ aus der „Versumpfung“ zu retten.⁸¹

„Freilich dürften die Frauen nicht bloß die Verstärkung ihrer Parteien bewirken, sondern müßten die weibliche Eigenart zur Geltung bringen, ihre Menschenliebe, ihre Friedenssehnsucht, ihr Eingehen in die Bedürfnisse der Bevölkerung, ihre Fürsorge für Alte, Kranke und Kinder, ihr Streben nach Volkserziehung und Bildung.“⁸²

Ernestine Fürth versuchte in ihrem Wahlaufuf die Frauen zu überzeugen, die *Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei* zu wählen und „als einige und geschlossene Frauengruppe“ in die Partei einzutreten, um diese ganz den Fraueninteressen zu öffnen.⁸³ Neben Hainisch kandidierten in Wien noch Johanna Blum (Nordost, Platz vier) und Luise Lukesch (Südost, Platz fünf), die Partei errang aber kein Mandat und blieb politisch bedeutungslos.

Für die Nationalratswahl am 24. April 1927 erschien am Wahltag kein spezifischer Wahlaufuf an Frauen mehr. Außer bei der Sozialdemokratie waren insgesamt nur wenige Frauen auf den Listen der Kandidatinnen und Kandidaten in Wien zu finden.⁸⁴ Angesichts der Formierung einer aus den Christlichsozialen, den Großdeutschen und der nationalsozialistischen Gruppe um Walter Riehl bestehenden *Einheitsliste* stellte sich die Frage, ob sich auch die bürgerlichen Demokraten dieser Liste anschließen würden. Die 1926 gegründete *Mittelständische Volkspartei*, die die von der Frauenbewegung diskutierte Hauswirtschaftskammer als Vertretungskörperschaft der Hausfrauen forderte,⁸⁵ trat der *Einheitsliste* bei. Zu den Unterstützerinnen der *Mittelständischen Volkspartei* gehörte Hertha Sprung, die inzwischen Beamtin im Unterrichtsministerium geworden war. Die *Einheitsliste* präsentierte jedoch

in Wien nur eine einzige Kandidatin, Maria Waniczek. Für die übrigen bürgerlich-liberalen Wählerinnen und Wähler kandidierte die *Demokratische Liste*, die sich nach dem fehlgeschlagenen Versuch weiterer bürgerlich-liberaler Parteien, sich der *Einheitsliste* anzuschließen, formiert hatte. Der ausschließlich in Wien antretenden *Demokratischen Liste* gehörten die *Bürgerlich-demokratische Partei*, die *Österreichische Wirtschaftspartei* und die *Angestelltenpartei* an. Unter den Kandidaten fanden sich drei Frauen, neben Leopoldine Ortel und Rosine Konecni auch Rosa Schaufler (Wahlkreis Wien Innen-West, siebter Platz), Vorsitzende des *Zentralvereins der Bundesbeamtinnen im Verwaltungs- und Kanzleidienst* und in den 1930er Jahren Vorstandsmitglied des BÖFV. Marianne Beth (1890–1984), Juristin und späteres Vorstandsmitglied des BÖFV, hatte sich einer Kandidatur nicht gewachsen gefühlt und diese ausgeschlagen.⁸⁶

Nur 15.112 (0,4 Prozent) Personen stimmten für die *Demokratische Liste*, davon waren 48,3 Prozent Frauen.⁸⁷ Hingegen votierten 51,4 Prozent der Wählerinnen (26,8 Prozent aller Wählenden) für die *Einheitsliste*. Somit hatten sich Wählerinnen und Wähler sowie ein Teil der Frauenbewegung in den Jahren nach der Nationalratswahl vom Oktober 1923 von der bürgerlich-freisinnigen Parteipolitik weitgehend zurückgezogen. Wie Gabriella Hauch festgehalten hat, wandten sich politisch und sozial-reformerisch interessierte jüngere Frauen eher der Sozialdemokratie oder auch der Kommunistischen Partei zu als der Frauenbewegung und den bürgerlich-liberalen Parteien.⁸⁸ Ebenfalls lässt sich konstatieren, dass sich die freisinnige Ausrichtung des BÖFV zum Teil verlor. Noch 1919 hatte sie eine bedeutende Rolle, vor allem in der Abgrenzung von der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Partei gespielt. Allerdings waren in den 1920er Jahren und Anfang der 1930er Jahre, wie Johanna Gehmacher in verschiedenen Arbeiten ausgeführt hat, durch persönliche Kontakte enge Beziehungen zu den Großdeutschen zu erkennen. Besonders wichtig war hier die Abgeordnete der *Großdeutschen Volkspartei* Emmy Stradal (1877–1925), mit der Mitglieder des BÖFV laut Johanna Gehmacher „auf einer programmatischen wie auf einer taktischen Ebene verbunden“ waren.⁸⁹ Besonders die antimarxistische und antiklerikale Einstellung der Partei mag die Affinität zu Mitgliedern des BÖFV hergestellt haben, so dass nach Gehmacher schließlich „Politikerinnen der GDVP [Großdeutschen Volkspartei] und ihre Aktivitäten als ein wichtiges Scharnier zwischen der bürgerlichen Frauenbewegung auf der einen und nationalsozialistischer Politik in Österreich auf der anderen Seite“ fungieren sollten.⁹⁰ Augenscheinlich bildete die antisemitische Ausrichtung der Großdeutschen keinen Hinderungsgrund für diese engen Beziehungen, obwohl zahlreiche assimilierte Jüdinnen, wie Fanny Freund-Marcus, Ernestine Fürth, Henriette Herzfelder, Margarete Minor und Olga Schwarz, dem BÖFV angehörten. Allerdings hatte es im BÖFV schon zuvor, etwa seitens Hertha Sprungs, immer wieder antisemitische Stimmen gegeben.⁹¹

Die Gründung der Frauenpartei

Die Annäherung an die Großdeutschen stellte nicht nur aufgrund des Antisemitismus keine Option für alle Mitglieder des BÖFV dar. Nach der Nationalratswahl vom April 1927 zeigte sich Marianne Hainisch deprimiert über die „Unkenntnis“ der Frauen bezüglich ihrer politischen Rechte und Pflichten und konstatierte, dass hier Selbsthilfe erforderlich sei.⁹² Letztere wurde von einem Teil des BÖFV in Form der *Österreichischen Frauenpartei* in Angriff genommen. Gegründet wurde sie am 11. Dezember 1929 mit Marianne Hainisch als Präsidentin und Helene Granitsch als Vizepräsidentin.⁹³ Als Motive für die Parteibildung wurden die Notwendigkeit politischer Bildung, die Problematik der wiederholten Zersplitterung und damit politischen Bedeutungslosigkeit der demokratisch freiheitlich ausgerichteten Parteien sowie die tiefen Gräben zwischen den Großparteien genannt, die sich in bürgerkriegsähnlichen Zuständen äußerten. Ende 1918/Anfang 1919 hatte der BÖFV die Überlegungen des AÖFV und der *Friedenspartei* zur Gründung einer eigenen Frauenpartei noch kritisch eingeschätzt.⁹⁴ Nach dem Vorbild der 1913 gegründeten US-amerikanischen *National Woman's Party* war eine solche Organisation zu dieser Zeit vielfach in Europa diskutiert und etwa in Großbritannien, Belgien und Norwegen, wenn teilweise auch nur kurzfristig, realisiert worden.⁹⁵ Angesichts des Fiaskos der Nationalratswahl für die bürgerlich-liberalen Frauen im Jahr 1927 – es wurde aber auch keine christlichsoziale und keine großdeutsche Kandidatin gewählt – rief Marianne Hainisch zur Schaffung eines Frauenbundes zur Wahrnehmung der spezifischen Interessen von Frauen auf.⁹⁶ Die schließlich 1929 realisierte *Frauenpartei* strebte „inneren und äußeren Frieden, das materielle Wohl und die geistige Höherentwicklung des Volkes“ wie auch die Gleichberechtigung der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an.⁹⁷ Zu den weiteren Forderungen gehörten die Anerkennung der Hausarbeit als Beruf, eine Kranken- und Altersversicherung für Hausfrauen und die Vertretung der Hausfrauen in einer eigenen Kammer. In wirtschaftlicher Hinsicht befürwortete die *Frauenpartei* unter anderem den Freihandel, niedrigere Steuern und kürzere Arbeitszeiten, die die Bestellung kleinerer Parzellen zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ermöglichen sollten. Die *Frauenpartei* wollte Einfluss auf politische Kandidaten und Parteien gewinnen, nötigenfalls aber auch eigene Kandidatinnen und Kandidaten nominieren.

Bei der letzten demokratischen Nationalratswahl vom 9. November 1930 unterstützte die *Frauenpartei* allerdings den *Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund*, eine Koalition unter Beteiligung der *Großdeutschen Volkspartei* unter Johannes Schober, und entschied sich damit gegen die 1928 aus der *Bürgerlich-demokratischen Partei* und der *Mittelständischen Volkspartei* gegründete *Demokratische Mittelpartei*, die wohl aufgrund des Antisemitismus der Großdeutschen keine Aufnahme in

den sogenannten *Schober-Block* gefunden hatte.⁹⁸ Dass die bürgerlich-freisinnigen Parteien wie schon in der Zeit der Habsburgermonarchie öffentlich immer wieder mit der Repräsentation jüdischer Interessen identifiziert wurden,⁹⁹ war ein Problem, mit dem sie seit Anbeginn zu kämpfen gehabt hatten. Der Gründer der *Demokratischen Mittelpartei*, Gustav Stolper, verzichtete aufgrund seiner jüdischen Herkunft sogar auf seine Kandidatur 1919, um etwaigen Stimmenverlusten für die Partei entgegenzuwirken.¹⁰⁰ Inwiefern die Frage des Antisemitismus für die *Frauenpartei* eine Rolle spielte, ist aufgrund der bislang vorliegenden Quellen nicht bekannt. Johannes Schober, der 1929/30 Bundeskanzler war, gewann jedenfalls die Sympathien der *Frauenpartei* mit seinen Vorstellungen einer Beamtenregierung und seiner Antipathie gegenüber „zu viel Politik“, die ein Ende des Parteienzwistes verhießen.¹⁰¹ Sowohl Marianne Hainisch als auch Helene Granitsch riefen zur Stimmabgabe für den sogenannten *Schoberblock* auf.¹⁰² Hainisch betonte, dass die *Frauenpartei* die Versöhnung der Parteien und den inneren Frieden wolle und Schober ihre Forderungen unterstütze. Granitsch begründete die Unterstützung damit, dass eine politische Führung durch „Männer aus der Wirtschaft“ besser für das Land sei. In Wien kandidierte wieder Rosa Schaufler, nun statt für die *Demokratische Liste* für den *Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund*, neben den Großdeutschen Elvira Prodingler, der Vorsitzenden des *Verbandes deutscher weiblicher Angestellter*, und der Gymnasiallehrerin Marie Schneider (1898–1979).¹⁰³ Elf Prozent der weiblichen und zwölf Prozent der männlichen Wähler gaben dem *Schoberblock* ihre Stimme.¹⁰⁴ Einen Sitz im Nationalrat errang nur Marie Schneider, die vom BÖFV und der *Frauenpartei* vor allem hinsichtlich ihres Gesetzesantrages auf Einführung von Hauswirtschaftskammern unterstützt wurde.¹⁰⁵ Von ihr wurde erwartet, dass sie sich „als Repräsentantin aller fortschrittlichen Frauenkreise bewähren“ würde.¹⁰⁶ Bei der Wiener Gemeinderatswahl 1932 kandidierte die Koalitionsliste Schobers jedoch nicht mehr und die *Frauenpartei* sprach sich für eine Wahlenthaltung aus, um weder den antidemokratischen Kurs der Großdeutschen noch die Nationalsozialisten,¹⁰⁷ allerdings auch nicht die Sozialdemokratie zu unterstützen.¹⁰⁸

Zuvor hatte die *Frauenpartei* aber bei der Innsbrucker Gemeindevahl am 17. Mai 1931 eine eigene Liste *Frauenpartei: Wahlgemeinschaft der arbeitenden Frau, Zweig Innsbruck* aufgestellt. Sie wurde angeführt von Otilie Stainer (1880–1953), der Präsidentin der *Vereinigung arbeitender Frauen* und Vorstandsmitglied des *Roten Kreuzes*.¹⁰⁹ Unter den zwanzig Kandidatinnen finden sich unter anderem Lehrerinnen, Gewerbetreibende und Privatangestellte sowie die Gattin eines Universitätsprofessors oder auch Virginia Brunner (1857–1946), Initiatorin des Innsbrucker Zweigvereins der *Vereinigung arbeitender Frauen* und der Ortsgruppe ROHÖ. Vorwürfen, sie hätte kein konkretes Programm,¹¹⁰ entgegnete die Wahlgemeinschaft, sie wolle keine Parteistrukturen, sondern sehe sich als sozial und wirtschaftlich den-

kende Organisation innerhalb der politischen Körperschaften.¹¹¹ Die Liste protestierte besonders gegen Misswirtschaft in der Gemeinde und gab bekannt, unentgeltlich im Gemeinderat mitzuarbeiten. Insbesondere wollte sie sich für eine humane Steuergesetzgebung einsetzen, die Arme und Wehrlose schützte, und sie wehrte sich gegen ein ‚Zermalmen‘ des Mittelstandes und der Familie. Die Jugend sollte Bildung ohne parteipolitische Einflussnahme erfahren, das „deutsche Volk, dem Oesterreich zugehört“,¹¹² wieder zur Einfachheit zurückkehren¹¹³ und Hausfrauen sollten als „hehrste[r] Beruf“ Anerkennung finden.¹¹⁴ Der Einzug in den Innsbrucker Gemeinderat gelang nicht, es wurden aber immerhin 742 Stimmen für die Liste abgegeben, etwas mehr als jene der rund 700 Mitglieder der örtlichen *Frauenpartei*.¹¹⁵ Ihre Niederlage kommentierte die Wahlgemeinschaft damit, dass „ein selbständiges politisches Auftreten [...] den meisten Frauen noch zu ungewöhnlich sei“, aber auch dass zu wenig Geld für Wahlwerbung zur Verfügung gestanden hätte und die bürgerlichen Parteien die *Frauenpartei* in „mannesunwürdiger Weise“ bekämpft hätten.¹¹⁶

Schluss: ein vergleichender Blick

Dass viel eher Sozialdemokratinnen als liberal gesinnte Frauen in der Zwischenkriegszeit den Einzug in das Parlament schafften, ist kein österreichisches Unikum; dass Aktivistinnen der Frauenbewegung aber so erfolglos mit ihren Kandidaturen waren, schon eher. Allerdings stehen für einen Vergleich ausreichende Vorstudien für jene europäischen Staaten, die ebenfalls in der Zwischenkriegszeit über das allgemeine Frauenwahlrecht verfügten, und besonders für die lokale Ebene noch aus. Der Vergleich ist zudem aufgrund unterschiedlicher Wahlsysteme und -gepflogenheiten schwierig. In Großbritannien etwa, wo 1918 ein beschränktes Frauenwahlrecht eingeführt wurde, standen Mitglieder der Frauenbewegung den Parteien kritisch gegenüber. Sie kandidierten vornehmlich als Unabhängige und wurden dabei von Frauenorganisationen finanziert. Mit Ausnahme von Eleanor Rathbone blieben sie meist erfolglos. Insgesamt war die Zahl der weiblichen Abgeordneten im britischen Parlament niedrig und Frauen waren eher bei Nachwahlen erfolgreich. Erst mit der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts 1928 in Großbritannien ist eine allmähliche Zunahme an weiblichen Abgeordneten zu beobachten.¹¹⁷

Festhalten können wir aber, dass es Mitgliedern der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland sofort gelang, in parlamentarische Gremien einzuziehen.¹¹⁸ Für Deutschland sind vor allem Gertrud Bäumer, Marie-Elisabeth Lüders und Marie Baum hervorzuheben, die für die *Deutsche Demokratische Partei*, der sich die meisten Mitglieder der Frauenbewegung anschlossen, gewählt wurden. Dem transnationalen Diskurs über die notwendige „sittliche Erneuerung des öffentlichen Lebens“

entsprechend, argumentierte Gertrud Bäumer, dass es Frauen in erster Linie um das Gemeinwohl gehe und „das unvergleichliche, wesentliche der weiblichen Wirkungsweise‘ in der Politik zur Geltung“ komme.¹¹⁹ Während 1920 immerhin sechs Frauen unter den 39 gewählten Abgeordneten der *Deutschen Demokratischen Partei* in den Reichstag einzogen, war die Frauenbewegung auch hier mit dem Problem des Scheiterns des freisinnigen Liberalismus konfrontiert. Bereits 1924 fiel die Zahl der weiblichen Abgeordneten der *Deutschen Demokratischen Partei* auf zwei. Ab 1932 erreichte keine Frau mehr ein Mandat. Auf lokaler Ebene wurde dieser Entwicklung vereinzelt mit reinen Frauenlisten entgegengewirkt.¹²⁰ Ähnlich wie in Österreich machte sich in Deutschland aber zunehmend „Resignation über die politische Frauenarbeit“, die Apathie der Wählerinnen sowie Ärger über die schlechte Platzierung von Frauen auf den Reichswahllisten breit.¹²¹ Nur wenige befürworteten hingegen die Idee einer Frauenpartei.¹²²

Zusammenfassend lässt sich für Österreich festhalten, dass sich der bürgerlichen Frauenbewegung zweierlei Barrieren hinsichtlich der Realisierung ihrer Ziele in den Weg stellten. Einerseits war sie von den spezifischen historischen Entwicklungen der fehlenden Durchsetzungskraft des freisinnigen Liberalismus, von dem sie am ehesten eine Unterstützung ihrer Anliegen erwartete, besonders betroffen. Als Alternativen boten sich ihr eine Anlehnung an die Deutschnationalen oder an die Sozialdemokratie an. Dem nationalen Lager begegneten die freisinnig Orientierten in der Frauenbewegung vor allem in Wien zwar anfangs distanziert, waren aber noch eher bereit, mit deutschnationalen weiblichen Abgeordneten in Kommunikation zu treten als mit Sozialdemokratinnen. Eine stärkere Affinität zu den Großdeutschen scheint es in den Ländern gegeben zu haben. Zumindest im Linzer *Verein für Fraueninteressen*, der Mitglied im BÖFV war, gab es Mehrfachmitgliedschaften ebenso wie gemeinsame Veranstaltungen mit den Großdeutschen und Nationalsozialistinnen.¹²³ Die Hemmschwelle gegenüber einer direkten Unterstützung der Deutschnationalen fiel schließlich auf der Bundesebene 1930 umso leichter weg, allerdings war eine Gefolgschaft für den Nationalsozialismus keine Option, zumindest nicht für die *Frauenpartei*. Auch in Deutschland lehnten die liberalen Politikerinnen den Nationalsozialismus ab und gründeten etwa in Hamburg eine überparteiliche *Frauenfront*.¹²⁴

Dem BÖFV und der *Frauenpartei* erschien 1933/34 die Integration in das autoritäre Regime des Ständestaates die einzige Möglichkeit, den Lagerstreit zu beenden und den inneren Frieden zu sichern, aber auch zumindest ihr Ziel, die Hausfrauen als eigenen Berufsstand zu etablieren, zu erreichen.¹²⁵ Allerdings festigte dieser Schritt die zweite Barriere einer latenten Verweigerung der Frauenforderungen durch die von Männern dominierten Parteien. Der Weg in den Ständestaat bedeutete gleichzeitig die Teilnahme an der Entdemokratisierung Österreichs und zer-

störte damit den institutionellen Rahmen für eine mögliche politische Einflussnahme der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung.

Anmerkungen

- 1 Melissa Feinberg, *The New 'Woman Question'. Gender, Nation, and Citizenship in the First Czechoslovak Republic*, in: Mark Cornwall, Hg., *Czechoslovakia in a Nationalist and Fascist Europe, 1918–1948*, Oxford/New York 2007, 45–61, 47.
- 2 Zu den im Rahmen der Einführung des Frauenwahlrechts ausgetragenen Auseinandersetzungen unter den Parteien vgl. Birgitta Bader-Zaar, *Gaining the Vote in a World of Transition: Female Suffrage in Austria*, in: Blanca Rodríguez-Ruiz/Ruth Rubio-Marín, Hg., *The Struggle for Female Suffrage in Europe. Voting to Become Citizens*, Leiden/Boston 2012, 191–206.
- 3 Ernestine von Fürth, *Die Frau als Wählerin*, in: *Neue Freie Presse* vom 24. November 1918, 2; Therese Schlesinger, *Die geistige Arbeiterin und der Sozialismus*, Wien 1919, 4; *Von einer Wienerin, Das Wahlrecht der christlichen Frau*, in: *Reichspost* vom 17. Dezember 1918.
- 4 Vgl. Irene Schöffmann, *Die bürgerliche Frauenbewegung im Austrofaschismus. Eine Studie zur Krise des Geschlechterverhältnisses am Beispiel des Bundes österreichischer Frauenvereine und der Katholischen Frauenorganisation für die Erzdiözese Wien*, unveröffentlichte phil. Diss., Universität Wien 1986; dies., *Parteidisziplin*, in: *Zeitgeschichte* 16 (1989), 396–409; Birgitta Zaar, *Frauen und Politik in Österreich, 1890–1934 – Ziele und Visionen*, in: David F. Good/Margarete Grandner/Mary Jo Maynes, Hg., *Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar 1994, 48–76; Gabriella Hauch, *Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933*, Wien 1995; dies., *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938*, Innsbruck/Wien/Bozen 2009; Johanna Gehmacher, *„Völkische Frauenbewegung“*. *Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich*, Wien 1998; dies., *Nachfolgeansprüche. Deutsch-nationale und nationalsozialistische Politik und die bürgerliche Frauenbewegung, Österreich 1918–1938*, in: Ute Gerhard, Hg., *Feminismus und Demokratie. Europäische Frauenbewegungen der 1920er Jahre*, Königstein im Taunus 2001, 159–175.
- 5 Johannes Hawlik, *Die politischen Parteien Deutschösterreichs bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung 1919*, 3 Bde., unveröffentlichte phil. Diss., Universität Wien 1971.
- 6 Johann Hubeny, *Die Bürgerlichen Demokraten – Bürgerliche Arbeitspartei – in Österreich zwischen 1919 und 1923*, unveröffentlichte Hausarbeit, Universität Wien 1976; Hannes Rosenkranz, *Die demokratischen Mittelparteien in der Zwischenkriegszeit (Erste Republik)*, unveröffentlichte phil. Diplomarbeit, Universität Wien 1998. In der Fachliteratur werden die bürgerlich-demokratischen Parteien weitgehend ignoriert, vgl. Reinhold Gärtner/Günther Pallaver, *Liberale Parteien im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Helmut Reinalter/Harm Klueting, Hg., *Der deutsche und österreichische Liberalismus. Geschichts- und politikwissenschaftliche Perspektiven im Vergleich*, Innsbruck/Wien/Bozen 2010, 161–177, 172. Die Autoren behaupten, diese Parteien hätten sich 1920 der Großdeutschen Volkspartei angeschlossen. In Anton Pelinka/Helmut Reinalter, Hg., *Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938*, Innsbruck/Wien/Bozen 2002, werden diese überhaupt nicht thematisiert.
- 7 Insbesondere wurden die *Neue Freie Presse*, das *Neue Wiener Journal*, das *Neue Wiener Tagblatt* und die *Wiener Mittags-Zeitung* herangezogen. Ab 1928 gab der Bund Österreichischer Frauenvereine die Zeitung *Die Österreicherin* heraus.
- 8 Eine große Hilfe sind allerdings die Datenbanken von Ariadne der Österreichischen Nationalbibliothek: *Frauen in Bewegung 1848–1918*, <http://www.onb.ac.at/ariadne/vfb/index.htm> sowie *Frauen in Bewegung 1918–1938*, <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/>.
- 9 Gabriella Hauch, *Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Linz 2013, 299 f.; Sabine Veits-Falk, *Die ersten Frauen im Gemeinderat der Stadt Salzburg. Unkonventionell, still oder angepasst?*, in: *Salzburg Archiv* 30 (2005), 261–278.
- 10 *Neues Frauenleben* 18/4 (1906), 21–24; *Der Bund* 1/6 (1906), 10 f.

- 11 Zaar, Frauen und Politik, 53.
- 12 Dokumente der Frauen 4 (1. Dezember 1900), 532, 547.
- 13 Harriet Anderson, „Mir wird es immer unmöglicher, die Männer‘ als die Feinde der Frauensache zu betrachten ...“. Zur Beteiligung von Männern an den Bestrebungen der österreichischen Frauenbewegungen um 1900, in: Heide Dienst/Edith Saurer, Hg., „Das Weib existiert nicht für sich“. Geschlechterbeziehungen in der bürgerlichen Gesellschaft, Wien 1990, 189–201; Eva Holleis, Die Sozialpolitische Partei. Sozialliberale Bestrebungen in Wien um 1900, Wien 1978, 10–17.
- 14 Zeitschrift für Frauenstimmrecht 3/9 (Dezember 1913), 4.
- 15 Marianne Hainisch, in: Das Frauenstimmrecht. Festschrift, Wien 1913, 15.
- 16 Daisy Minor, in: ebd., 18; zu den politischen Visionen der Frauenbewegung, vgl. Zaar, Frauen und Politik, 53–55.
- 17 Margarete Minor, Was wir brauchen, in: Der Bund 12/9 (November 1917), 13.
- 18 Ebd.
- 19 Maria L. Klausberger, Politische Frauenpflichten, in: Der Bund 12/10 (Dezember 1917), 1–4.
- 20 Ebd., 4.
- 21 Ebd.
- 22 Marianne Hainisch, An unsere Leser!, in: Der Bund 13/10 (Dezember 1918), 1 f.
- 23 Maria L. Klausberger, Politische Chronik in: Der Bund 13/10 (Dezember 1918), 12; für die Bezeichnung Hertha von Sprung, Das Bundesprogramm und unsere nächsten Aufgaben, in: Der Bund 14/1 (Jänner/Februar 1919), 5. Die Eröffnung der Zentralstelle, die gemeinsam mit dem Deutschösterreichischen Verein für Frauenstimmrecht betrieben wurde, erfolgte am 7. Januar 1919, vgl. Gisela Urban, Wahlvorbereitung der Frauen, in: Die Frau 1/3 (8. Jänner 1919), 2.
- 24 Hainisch, An unsere Leser!, 2; vgl. auch Johanna Gehmacher, Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können ... Frauenbewegung, Partei/Politik und politische Partizipation von Frauen – begriffliche und forschungsstrategische Überlegungen, in: dies./Natascha Vittorelli, Hg., Wie Frauenbewegung geschrieben wird. Historiographie, Dokumentation, Stellungnahmen, Bibliographien, Wien 2009, 135–180, 151.
- 25 Hainisch, An unsere Leser!, 2.
- 26 Ernestine von Fürth, Wahlpropaganda, in: Der Bund 13/10 (Dezember 1918), 4.
- 27 Richtlinien, in: Der Bund 13/10 (Dezember 1918), 5–7.
- 28 Fürth, Wahlpropaganda, 4.
- 29 Sprung, Bundesprogramm, 3.
- 30 Zu den Listen der Kandidatinnen und Kandidaten, vgl. Neue Freie Presse vom 14. Februar 1919, Wahlblatt, 5–11; vom 15. Februar 1919, 5–8.
- 31 Vgl. Hawlik, Die politischen Parteien Deutschösterreichs, Bd. 2, 488–629.
- 32 Vgl. Birgitt Morgenbrod, Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Geschichte der „Österreichischen Politischen Gesellschaft“ 1916–1918, Wien/Köln/Weimar 1994.
- 33 Hawlik, Die politischen Parteien Deutschösterreichs, Bd. 2, 510 f., 526. Hertha von Sprungs Ehemann war in der Partei aktiv ebenso wie Marianne Hainischs Sohn Michael Hainisch.
- 34 Ebd., 491.
- 35 Ebd., 511, 514. Hierzu gehörten vor allem die ersten drei Wahlkreise Innen-Ost, Innen-West und Nordwest (Innere Stadt, Landstraße, Wieden, Mariahilf, Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Währing und Döbling), aber auch der Wahlkreis Südwest mit Hietzing.
- 36 Ebd., 492.
- 37 Aufruf der Bürgerlich-demokratischen Partei, in: Neue Freie Presse vom 4. Dezember 1918, 2.
- 38 Hawlik, Die politischen Parteien Deutschösterreichs, Bd. 2, 517–519.
- 39 Die Frau 1/7 (22. Januar 1919), 1; 1/9 (29. Januar 1919); 1/12 (8. Februar 1919), 1.
- 40 Frauenspiegel. Das Wahlrecht der Frau. Aus einer Unterredung mit Nationalrat E. V. Zenker, in: Wiener Mittags-Zeitung vom 17. Dezember 1918, 3. Dass sich Zenker besonders auf jüdische Wählerinnen, insbesondere jüdische Kleinhändlerinnen, bezog, hatte eventuell etwas mit dem Interesse der Wiener Mittags-Zeitung zu tun, auch Berichte zu publizieren, die die jüdische Leserschaft interessierten. Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich Brigitte Rath.
- 41 H. G., Warum sollen die Bürgerinnen bürgerlich wählen, in: Die Frau 1/12 (8. Februar 1919), 1.
- 42 Angaben nach Neue Freie Presse vom 14. Februar 1919, Wahlblatt, 5–11; vom 15. Februar 1919, 5–8.

- 43 Der Morgen vom 27. Januar 1919, 11.
- 44 Hawlik, Die politischen Parteien Deutschösterreichs, Bd. 2, 560.
- 45 Online verfügbar bei Kulturmanufaktur und Österreichische Nationalbibliothek, Kampf der Symbole. Plakate zu den Nationalratswahlen. 1. Republik Österreich (2003), http://www.oeaw.ac.at/cmcd/kds/parteien_detail.php?id=1602029&path=1602029&choose=f&list=B%FCrgerlich-demokratische%20Partei (21.6.2014).
- 46 Online verfügbar bei Kulturmanufaktur und Österreichische Nationalbibliothek, http://www.oeaw.ac.at/cmcd/kds/parteien_detail.php?id=550_023&path=550_023&choose=f&list=B%FCrgerlich-demokratische%20Partei (21.6.2014).
- 47 Nach der Wahlordnung vom 18. Dezember 1918 (StGBL 1918/115) konnten Parteien in einem Wahlbezirk selbständig kandidieren, sich gleichzeitig aber mit einer anderen Liste „verbinden“ oder „kopeln“. Bei der Auszählung der Stimmen dieses Wahlkreises wurden die verbundenen Listen als eine Partei gerechnet.
- 48 Hawlik, Die politischen Parteien Deutschösterreichs, Bd. 2, 580.
- 49 Aufruf der Demokratischen Partei, in: Neue Freie Presse vom 4. Dezember 1918, 2.
- 50 Die Deutschdemokratische Partei, in: 85 Jahre allgemeines Frauenwahlrecht in Österreich (2004), http://www.onb.ac.at/ariadne/projekte/frauen_waehlet/Einladung08.html (21.6.2014).
- 51 Lebens-Erinnerungen von Olly Schwarz. Manuskript aus dem Bestand des Instituts für Geschichte der Juden, St. Pölten, zit. in: Ariadne, Frauen in Bewegung 1848–1918, http://www.onb.ac.at/ariadne/vfb/bio_schwarzolly.htm (21.6.2014).
- 52 Hawlik, Die politischen Parteien Deutschösterreichs, Bd. 2, 596.
- 53 Wiener Mittags-Zeitung vom 4. Februar 1919, 3; vom 8. Februar 1919, 4. Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich Brigitte Rath, die eine Biografie über Olga Misař vorbereitete.
- 54 Die Demokratische Mittelstandspartei, in: 85 Jahre allgemeines Frauenwahlrecht in Österreich (2004), http://www.onb.ac.at/ariadne/projekte/frauen_waehlet/Versammlung08.html (21.6.2014).
- 55 Neue Freie Presse vom 14. Februar 1919, Wahlblatt, 5–11; vom 15. Februar 1919, 5–8.
- 56 Ernestine Fürth, Geschichte der Frauenstimmrechtsbewegung, in: Martha Stephanie Braun u. a., Hg., Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930, 65–83, 81.
- 57 Maria L. Klausberger, Zum Beginn, in: Der Bund 14/1 (Jänner/Februar 1919), 6–10, 6; vgl. eine ähnliche Einschätzung Die Wahlen, in: Die Frau, 1/15 (19. Februar 1919), 1.
- 58 Hauch, Linz, 299 f.
- 59 Richard Voithofer, Drum schließt Euch frisch an Deutschland an ... Die Großdeutsche Volkspartei in Salzburg 1920–1936, Wien/Köln/Weimar, 2000, 83.
- 60 Maria L. Klausberger, Vor neuen Wahlen, in: Der Bund 14/2 (März 1919), 4–6.
- 61 Ebd., 5.
- 62 Frauen als Gemeinderäte, in: Der Bund 13/10 (Dezember 1918), 19.
- 63 Hauch, Linz, 219. Urfahr wurde 1919 mit Linz zusammengelegt.
- 64 Dieter Hecht, „Wählen Sie die Frau ...“. Frauen in der jüdischnationalen Partei, in: Chilufim 7 (2009), 137–152, 143–146, 148–152; ders., Zwischen Feminismus und Zionismus. Die Biografie einer Wiener Jüdin. Anitta Müller-Cohen (1890–1962), Wien/Köln/Weimar 2008.
- 65 Maren Seliger/Karl Ucakar, Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur, Wien 1984, 140.
- 66 Ein Nachwort zu den Wahlen, in: Der Bund 14/4 (Mai 1919), 9–11, 10.
- 67 Hertha Sprung, An die Bundesvereine, in: Der Bund 14/5 (Juni 1919), 2–4, 3.
- 68 Ebd., 4.
- 69 Ankündigung einer Versammlung der bürgerlichen Frauenorganisation im Wiener Konzerthaus für den 22. Oktober 1919, in: Neue Freie Presse vom 15. Oktober 1919, 8. Zu den im Frühjahr 1919 österreichweit und bis zum Sommer 1920 bestehenden Bürger- und Ständeräten, vgl. Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich, 1918–1924, Wien 1987, 440–448.
- 70 Das Blatt Die Frau schien inzwischen einen Eigentümer- und damit Richtungswechsel erfahren zu haben, denn hier fanden sich nun Aufrufe, christlichsozial zu wählen. vgl. Die Frau 3/133 (16. Oktober 1920).
- 71 Ernestine Fürth, An die Frauen. Die Pflichten am Wahltag, in: Neue Freie Presse vom 16. Oktober 1920, 1; vgl. auch Ernestine von Fürth, Frauenspiegel. Die Frauen und die Wahlen, in: Wiener Montagspresse vom 18. Oktober 1920, 4.

- 72 Fürth, An die Frauen, 1.
- 73 Elise Richter, Die Ziele der Frauen in der Nationalversammlung, in: Neue Freie Presse vom 17. Oktober 1920, 2.
- 74 Neue Freie Presse vom 17. Oktober 1920, 4 f.
- 75 Wiener Mittags-Zeitung vom 14. Oktober 1920, 5.
- 76 Wiener Mittags-Zeitung vom 15. Oktober 1920, 2; vom 16. Oktober 1920, 2.
- 77 Vollzugsanweisung der Staatsregierung vom 30. Juli 1920, StGBL. 352/1920, § 53; fortgeführt durch Bundesgesetz vom 11. Juli 1923 über die Wahlordnung für Nationalratswahlen, BGBl. 367/1923, § 59.
- 78 Statistik der Nationalratswahlen des Jahres 1920, Teil 2, Wien 1921.
- 79 Neue Freie Presse vom 20. Oktober 1923, 4.
- 80 Neue Freie Presse vom 19. Oktober 1923, 6.
- 81 Marianne Hainisch, Warum ich der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei angehöre, in: Neues Wiener Journal vom 3. Februar 1922, 1.
- 82 Ebd.
- 83 Ernestine Fürth, Was sollen wir Frauen wählen?, in: Neue Freie Presse vom 20. Oktober 1923, 2.
- 84 Neue Freie Presse vom 24. April 1927, 8.
- 85 Neue Freie Presse vom 4. April 1926, 16.
- 86 Jutta Pint, Die Österreichische Frauenpartei 1929–1934. Ein Versuch bürgerlich-liberaler Frauen gesellschaftspolitischen Einfluß zu nehmen, unveröffentlichte phil. Diplomarbeit, Universität Wien 1988, 57.
- 87 Statistische Nachrichten, Sonderheft 1927, 8 f.
- 88 Gabriella Hauch, Frauenbewegung – Frauen in der Politik in der Ersten Republik, in: dies., Frauen bewegen Politik, 142; dies., Frauenstandpunkt, 85.
- 89 Gehmacher, Nachfolgeansprüche, 160, 162–165, 165, 170. Vergleiche auch den Beitrag von Johanna Gehmacher in diesem Band.
- 90 Ebd., 160.
- 91 Michaela Raggam-Blesch, Frauen zwischen den Fronten. Jüdinnen in feministischen, politischen und philanthropischen Bewegungen in Wien an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, in: Margarete Grandner/Edith Saurer, Hg., Geschlecht, Religion und Engagement. Die jüdischen Frauenbewegungen im deutschsprachigen Raum, Wien/Köln/Weimar 2005, 25–55, 34.
- 92 Die Frauen und das Ergebnis der Wahlen. Gespräch mit Marianne Hainisch in: Neues Wiener Journal vom 26. April 1927, 3 f.
- 93 Pint, Österreichische Frauenpartei, 65–78; Hauch, Frauenbewegung, 143; dies., Frauenstandpunkt, 86–88; Bandhauer-Schöffmann, Parteidisziplin; Zaar, Frauen und Politik. Zu den Diskussionen, vgl. Gisela Urban, Zur Frage einer Frauenpartei, in: Die Frau 1/6 (18. Januar 1919), 1 f.; Maria L. Klausberger, Vor neuen Wahlen, in: Der Bund 14/2 (März 1919), 5.
- 94 Maria L. Klausberger, Politische Chronik in: Der Bund 13/10 (Dezember 1918), 12; Pint, Österreichische Frauenpartei, 48–50.
- 95 Elisabeth Altmann-Gottheiner, Frauenpartei oder Anschluß an die bestehenden politischen Parteien?, in: Neue Bahnen 54 (Januar 1919), 2 f.; Camilla Jellinek, Der graue Alltag im Frauenstimmrecht, in: Die Frau 26/11 (August 1919), 341 f.; Denise De Weerd, En de vrouwen? Vrouw, vrouwenbeweging en feminisme in België 1830–1960, Gent 1980, 155; Pint, Österreichische Frauenpartei, 13–17.
- 96 Helene Granitsch, Die Frau und die Politik, in: Die Frau und ihre Interessen 4 (Juni 1927), 64; Pint, Österreichische Frauenpartei, 57–61.
- 97 Neues Wiener Tagblatt vom 12. Dezember 1929; Pint, Österreichische Frauenpartei, 79–81, 94–102.
- 98 Neue Freie Presse vom 22. Oktober 1928, 4; Schober-Block und Demokraten. Dringender Wunsch nach einem Ausgleich in letzter Stunde, in: Neue Freie Presse vom 14. Oktober 1930, 1 f.
- 99 Gärtner/Pallaver, Liberale Parteien, 166.
- 100 Hawlik, Die politischen Parteien Deutschösterreichs, Bd. 2, 523.
- 101 Pint, Österreichische Frauenpartei, 105.

- 102 Marianne Hainisch, Die Bedeutung der Wahl Dr. Schobers für die Frauen. Wahlrecht bringt Wahlpflicht, in: Neue Freie Presse vom 9. November 1930, 2 f.; Helene Granitsch, Warum wir für Dr. Schober stimmen, in: ebd., 3; Pint, Österreichische Frauenpartei, 103–108.
- 103 Neue Freie Presse vom 9. November 1930, 8. Zu Marie Schneider, vgl. Johanna Gehmacher/Gabriella Hauch, Eine „deutsch fühlende Frau“. Die großdeutsche Politikerin Marie Schneider und der Nationalsozialismus in Österreich, in: Peter Eppel, Red., Frauenleben 1945. Kriegsende in Wien. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 21. September – 19. November 1995, Wien 1995, 115–132.
- 104 Statistische Nachrichten 12 (1931), 210.
- 105 Gehmacher, Nachfolgeansprüche, 165 f.; Hauch Frauenstandpunkt, 318.
- 106 Ernestine Fürth, Wahlergebnis, in: Die Österreicherin 3/9 (1. Dezember 1930), 1.
- 107 Zur antinationalsozialistischen Haltung der Frauenpartei, insbesondere ihrer neuen Präsidentin Helene Granitsch, vgl. Zaar, Frauen und Politik, 73 f.
- 108 Gehmacher, Frauenrechtlerinnen, 158; Pint, Österreichische Frauenpartei, 110–114.
- 109 Gretl Köfler, Ottilie Stainer (1880–1953), in: Horst Schreiber/Ingrid Tschugg/Alexandra Weiss, Hg., Frauen in Tirol. Pionierinnen in Politik, Wirtschaft, Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft, Innsbruck/Wien/Bozen 2003, 18–22, 20–22; Innsbrucker Nachrichten vom 12. Mai 1931, 3.
- 110 Innsbrucker Nachrichten vom 16. Mai 1931, 2.
- 111 Innsbrucker Nachrichten vom 17. Mai 1931, 3.
- 112 Ebd.
- 113 Zum Wunsch nach Einfachheit siehe die bereits 1917 gemachte Äußerung, Margarete Minor, Was wir brauchen, in: Der Bund 12/9 (November 1917), 13.
- 114 Innsbrucker Nachrichten vom 17. Mai 1931, 3.
- 115 Pint, Österreichische Frauenpartei, 119 f.
- 116 Innsbrucker Nachrichten vom 18. Mai 1931, 1; vom 19. Mai 1931, 3.
- 117 Brian Harrison, Women in a Men's House. The Women M.P.s, 1919–1945, in: The Historical Journal 29, 3 (1986), 623–654, 624–626; Pat Thane, The Impact of Mass Democracy on British Political Culture, 1918–1939, in: Julie Gottlieb/Richard Toye, Hg., The Aftermath of Suffrage. Women, Gender, and Politics in Britain, 1918–1945, Basingstoke/New York 2013, 59 f., 64; Mari Takayanagi, 'They Have Made Their Mark Entirely Out of Proportion to Their Numbers'. Women and Parliamentary Committees, c. 1918–1945, in: Gottlieb/Toye, Hg., Aftermath of Suffrage, 185 f.; Cheryl Law, Suffrage and Power. The Women's Movement, 1918–1928, London/New York 1997, 116–121.
- 118 Hier kann möglicherweise auch Schweden genannt werden, wo zwei der 1921 gewählten weiblichen Abgeordneten der liberalen Partei angehörten.
- 119 Zit. nach: Heide-Marie Lauterer, Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949, Königstein 2002, 113.
- 120 Ebd., 154, 174 f.
- 121 Ebd., 117, 167 f.; Julia Sneeringer, Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany, Chapel Hill 2002, 165.
- 122 Lauterer, Parlamentarierinnen, 175 f.
- 123 Hauch, Linz, 310–312. Für diesen Hinweis danke ich Gabriella Hauch.
- 124 Ebd., 177 f.
- 125 Vgl. Pint, Österreichische Frauenpartei, 129–135; Schöffmann, Bürgerliche Frauenbewegung im Austrofaschismus, 1–213.